

Personalmangel im öffentlichen Dienst

Stand: August 2026

Dem Staat fehlen über 630.000 Beschäftigte

Dem Staat fehlen nach aktueller Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion 631.000* Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur wegen ständiger Aufgabenzuwächse (Ganztagsbetreuung, Grundsteuer, Zeitenwende, Digitalisierung der Verwaltung, Dokumentationspflichten, Kindergrundsicherung, etc.) sowie neuer Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Migration, Infrastruktur/Verkehr oder innere und äußere Sicherheit brauchen vor allem Länder und Kommunen zusätzliches Personal. Auch wenn die absolute Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst seit einigen Jahren wieder leicht ansteigt (aktuell: 5,5 Millionen), spitzt sich der Personalmangel weiter zu.

2026 gehen über zwei Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes altersbedingt in den Ruhestand. In den nächsten 10 Jahren scheiden mindestens weitere 1,42 Millionen (oder 26,3 Prozent) der Kolleginnen und Kollegen aus. Rechnet man davon die erwartbaren Neueinstellungen ab, bleibt – rechnerisch – eine zusätzliche Personallücke von mehreren hunderttausend Beschäftigten. Gleichzeitig stellt die Alterung der Gesellschaft den öffentlichen Dienst vor wachsende Probleme. Ob und ab wann eine durchgreifende Digitalisierung und der Einsatz von KI die Personalnot des öffentlichen Dienstes lindern kann, ist unklar. Zumindest kurz- und mittelfristig ist durch den Umstellungsaufwand hierbei aber sogar eher mit Mehrbedarfen zu rechnen.

Auf allen staatlichen Ebenen – in der Landes- und Bundesverwaltung, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Finanzämtern, Justizvollzug und -verwaltung, beim Zoll, in Gesundheitsämtern, in der Pflege und Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung – setzen sich die Beschäftigten nach wie vor bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit.

Um einem weiteren Verfall der staatlichen Leistungsfähigkeit wirksam zu begegnen, muss die Politik endlich klare Prioritäten setzen: Wir brauchen eine umfassende Aufgabenkritik beim Staat, eine durchgreifende, Bevölkerung und Beschäftigte gleichermaßen entlastende Digitalisierung, eine aufgabengerechte Personalausstattung sowie wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Aktuelle Personalbedarfe öffentlicher Dienst

Bundespolizei	17.000
Landespolizei	55.000
Verteidigung	20.000
Steuerverwaltung	50.000
Zoll	6.500
Schulen	120.000
Kitas	97.000
Kommunalverwaltungen	112.000
(allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter/Soziale Arbeit, Feuerwehren, etc.)	
Öffentlicher Gesundheitsdienst	13.500
Kranken- und Altenpflege	125.200
Lebensmittelkontrolle	1.500
Arbeitsagenturen/Jobcenter	2.800
Justiz (Richter/innen, Justizvollzug, Verwaltung)	10.500
	<u>631.000</u>

*Bei der dbb-Erhebung zum Personalmangel im öffentlichen Dienst geht es nicht nur um tatsächlich offene Stellen in den Personalplänen, sondern um die Zahl der für eine effiziente Aufgabenerledigung tatsächlich benötigten Kolleginnen und Kollegen.